



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europa
Az.: 009-00/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

25. Februar 2014

Rundschreiben Nr. 100/2014

Forderungspapier des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2014

Kurzfassung:

Im Mai wählen die Bürger der Europäischen Union ihre neuen Vertreter im Europäischen Parlament. Im Anschluss daran wird im Herbst die Europäische Kommission neu besetzt. Angesichts dessen hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2014 ein Positionspapier mit Forderungen an die europäischen Institutionen beschlossen. Thematisch sind die maßgeblichen Handlungsfelder beginnend von der verbesserten Gesetzgebung unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung über das Beihilferecht und Finanzfragen sowie schließlich Veterinärangelegenheiten abgedeckt.

Wie bereits zur Europawahl 2009 hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages zur kommenden Europawahl am 25. Mai 2014 ein Positionspapier mit Forderungen an die europäischen Institutionen beschlossen (**Anlage**). Dies betrifft neben dem Europäischen Parlament auch die Europäische Kommission, die im Herbst 2014 ebenfalls neu besetzt werden wird.

Der Aufbau des Papiers orientiert sich an früheren Forderungspapieren, gliedert sich für jedes Handlungsfeld in die Beschreibung der Ausgangslage und kommunalen Betroffenheit und stellt dann konkrete Forderungen auf. Inhaltlich sind die für die Landkreise maßgeblichen Themen

- EU-Gesetzgebungsprozess unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung,
- EU-Beihilferecht,
- Finanzpolitik,
- EU-Strukturpolitik,
- Europäische Energiepolitik,
- Veterinärwesen und Verbraucherschutz,
- Bürokratieabbau und Verringerung der Verwaltungslasten,
- Armutszuwanderung sowie

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.komsanet.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- Kommunalpartnerschaften

abgedeckt.

Mit Blick auf die Daseinsvorsorge (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse) ist eine sehr weitgehende Veränderung des europäischen Primärrechts im Sinne einer Befreiung vom Beihilferecht als Forderung erhoben worden. Dieses erscheint als derzeit einzige Möglichkeit, die permanenten Angriffe Brüssels im Bereich der Daseinsvorsorge (Sparkassen, Rettungsdienst, Flughäfen, Tierkörperbeseitigung etc.) wirksam zu unterbinden.

Die Bemühungen der drei kommunalen Spitzenverbände, ein gemeinsames Papier mit Forderungen vorzulegen, werden parallel zur Verabschiedung des Forderungspapiers des Deutschen Landkreistages fortgeführt. Allerdings zeichnet sich wegen unterschiedlicher Perspektiven, bspw. der Strukturpolitik ab, dass dieses gemeinsame Papier allenfalls einzelne gemeinsame Positionierungen enthalten und zudem erst später vorgelegt werden wird.



Theel

Anlage

(**nur** digital in unserem verbandsinternen Internetangebot unter „Rundschreiben“)